

keinen Pfennig Ausbildungskosten gezahlt hatte - unterbrochen. Damit hatte man nicht gerechnet. Es ist wohl kein Zufall, daß die BRD am 30. Oktober 1961 mit der Türkei eine Vereinbarung über die Anwerbung von Gastarbeitern abgeschlossen hatte. Umgekehrt bedeutete dies, daß die Fachkräfte nun in der DDR blieben und sich Chancen der DDR für eine ökonomische Stärkung erheblich vergrößerten, was natürlich nicht in das Konzept Adenauers paßte.

Alle Pläne und Konzeptionen waren nach dem 13. August 1961 mit einem Schlag Makulatur. Es ging den Regierenden in Bonn eben nicht allein und auch nicht vordergründig um die armen Brüder und Schwestern in der Zone, sondern um ihren eigenen Vorteil. Ihre Berufung auf die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands war gleichfalls das bessere Argument, um vom Fiasko der eigenen Politik abzulenken.

So haben wir 1961 die scheinbar paradoxe Situation, daß der Mauerbau - immer den globalen Ost-West-Konflikt mitbedenkend - Ausdruck einer verfehlten Politik der DDR und zugleich der BRD war: seitens der DDR vor allem der Innenpolitik und seitens der BRD vorrangig der Ostpolitik, insbesondere durch die Leugnung der staatlichen Existenz der DDR und der damit zusammenhängenden "Hallstein-Doktrin". Die entscheidende Frage bestand jetzt darin, welche Schlußfolgerungen ziehen die Führungen in beiden deutschen Staaten aus der neuen Situation zogen.

BRD war fähig zu einem neuen Kurs

Die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung konnte nach dem Mauerbau ihre Ostpolitik speziell gegenüber der DDR nicht mehr so weiterführen wie bisher. Die Politik der Stärke hatte sich festgefahren. Es entstand eine Situation, eine Atempause, die das Nachdenken über neue ostpolitische Strategien förderte. Langsam, aber sicher gewann eine neue politische Konzeption Raum - die neue Ostpolitik von Brandt und Bahr. "Wandel durch Annäherung" hat Bahr sie in seiner berühmten Tutzingener Rede am 15. Juli 1963 präzise mit drei Worten definiert.

Am 15. Oktober 1963 trat Adenauer zurück. Einen Tag später wurde Ludwig Erhard, der Mann des "Wirtschaftswunders", zu seinem Nachfolger gewählt. Er und sein Außenminister Schröder konnten sich noch nicht zu einem Bruch mit der Adenauer-Politik durchringen, obwohl sie sich taktisch bewegten und eine Reihe von Kontakten zu sozialistischen Ländern knüpften. Allerdings nicht mit der DDR, die langfristig von ihren Bündnispartnern isoliert werden sollte. Die USA unterstützten seit Kennedy im Interesse einer Entspannung zur Sowjetunion den im Grunde nach wie vor